

AKTUELLEN STUNDE**„Flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe sichern – Hebammen unterstützen“
auf Antrag der Fraktion der SPD**

– Drucksache 16/3560 –

Frau Anklam-Trapp, Sie haben das Wort.

(Unruhe im Hause)

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, der Rednerin die Aufmerksamkeit zu schenken, die das Thema verdient.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Wenden wir uns doch nach dieser Diskussion dem Leben zu!

(Frau Klöckner, CDU: Das andere ist auch Leben!)

Am letzten Montag, am Tag der Hebamme, gab es bundesweit Kundgebungen und Protestmärsche zum Erhalt des Berufsstandes der Hebammen.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)**Präsident Mertes:**

Meine Damen und Herren! Ich bin nicht bereit, diese Unruhe zu akzeptieren. Das gilt auch für die Seite der Landesregierung.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Diese Proteste und Demonstrationen fanden auch in Rheinland-Pfalz, in der Stadt Mainz, statt. Die Demonstration selbst war schon ein voller Erfolg für die Hebammen, und die Unterstützung von vielen jungen Frauen und Müttern hat Herrn Staatsminister Alexander Schweitzer, Frau Kollegin Ulla Brede-Hoffmann und auch mich wirklich beeindruckt und uns veranlasst, unsere Solidarität heute noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

Warum steht es um den ehrwürdigen und seit Menschengedenken alten Beruf der Hebamme so schlecht in Deutschland? – Es steht so schlecht um diesen Beruf, weil sich die Haftpflichtpolizen in den letzten zehn Jahren unglaublich erhöht haben und deswegen in den

letzten Jahren rund ein Viertel der Hebammen ihren so schönen Beruf aufgegeben haben.

Hebammen leisten für Männer und Frauen, die Familien gründen, vor, während und nach der Geburt durch ihre Hilfe, Unterstützung und Versorgung von Mutter und Kind unglaublich wertvolle und unbestritten gute Dienste. Keine von uns Frauen hätte es ohne die Hilfe der Hebammen geschafft, ihr Kind auf die Welt zu bringen. Dabei ist uns wichtig, dass die Frau das Recht der Wahl hat, zu Hause, in der Klinik oder im Geburtshaus ihr Kind zur Welt zu bringen. Eine gute Betreuung muss ihr sicher sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein Bild von der Demo zeichnen. Eine der Frauen hat ein T-Shirt getragen mit folgendem Aufdruck:

Liebe Hebamme – das Wort Hebamme war durchgestrichen –, lieber Herr Gesundheitsminister Gröhe! Meine Brüste sind heiß und rot. Können Sie einmal draufschauen?

Eine so beschriebene Situation hat eigentlich fast jede stillende Mutter schon einmal erlebt und den Dienst der Hebamme gerne Hilfe suchend in Anspruch genommen. Sie hat sich Rat und Mut geholt, ganz zu schweigen von der Situation der Motivation unter der Geburt – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Frau Kollegin, bitte entschuldigen Sie! – Herr Kollege Billen und die weiteren Herren! Ich habe jetzt zwei Minuten zugeschaut. Ich bitte Sie, an Ihren Platz zurückzukehren oder das Gespräch in der Lobby zu führen.

(Billen, CDU: Gut!)

Danke schön, Sie können in Ihrer Rede fortfahren.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Was leisten die Hebammen in unserem Land noch alles? – An dieser Stelle möchte ich kurz an unser Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit erinnern. Die Hebammen sind diejenigen, die durch dieses Gesetz unsere Hilfe nach schrecklichen Kindesmisshandlungen zugeschrieben bekommen haben. Darin fällt den Hebammen die besondere Rolle zu, sehr nahe in Familien hineinzukommen und helfende und unterstützende Angebote dort zu unterbreiten, wo unter Umständen durch veränderte und neue Situationen eine Überforderung und Belastungssituation entsteht.

Deshalb möchte ich für uns eine klare Aussage treffen: Wir brauchen die Hebammen in den Familien und insbesondere zur Nachsorge, und wir möchten, dass dieser Beruf auch weiterhin erhalten bleibt.

ges. Darauf ist schon eingegangen worden. Dazu gehört auch der Appell an die Kassen, auf Regresszahlungen zu verzichten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Zum Teil, nicht ganz!)

– Zum Teil oder nicht ganz. Ganz abgelehnt haben ihn die Kassen, Frau Kollegin. Der Vorschlag ist nach der öffentlichen Bekundung eigentlich schon nicht mehr umsetzungsfähig.

Den anderen Vorschlag mit dem Sicherstellungszuschlag würde ich mir gerne genauer anschauen. Es geht vor allen um die Hebammen, die freiberuflich tätig sind und weniger Geburten unterstützen können, als sie benötigen, um sich in der Vergütungsstruktur den Versicherungsbeitrag leisten zu können.

Ich will darauf hinweisen, dass wir ab Juli von einem jährlichen Beitrag von 5.090 Euro sprechen. Diejenigen, die freiberuflich tätig sind, müssen jetzt schon die Planungen für 2015 vorbereiten. Ab 2015 sprechen wir schon von 6.000 Euro. Das kann man bei dem, was viele freiberufliche Hebammen im Bereich der Geburtshilfe leisten können, nicht mehr erwirtschaften.

Jetzt ist es die Frage, ob man das durch einen Sicherstellungszuschlag unterstützen kann. An dem Vorschlag gab es viel Kritik. Ich will offenkundig machen, dass auch in der Arbeitsgruppe Herr Gröhe aus Sicht der Nachbarressorts in der Bundesregierung kritisiert worden ist. Er ist sozusagen innerhalb der Bundesregierung noch nicht auf konsensuellem Weg.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Jetzt hören Sie mir einmal zu. Das ist vielleicht auch für Sie ganz interessant.

Ich sage an dieser Stelle, das kann aus Sicht eines Flächenlandes ein kluger Vorschlag sein. Das kann uns helfen im ländlichen Raum, wenn ein solcher Sicherstellungszuschlag kommt. Das Problem ist nur, er hat einen Vorschlag in den Raum geworfen. Er hat aber noch keine Perspektive aufgezeigt, wie er ihn umsetzt. Das ist der Punkt. Da muss er etwas hinbekommen. Das ist der Appell, den wir gemeinsam an ihn formulieren sollten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war der erste Punkt. Der andere Punkt ist folgender: Das wird am Ende nicht reichen. Die Kassen werden genauso wenig bereit sein, wie sie bereit waren zu sagen: Wir verzichten auf Regressforderungen, die uns zustehen, über Sicherstellungszuschläge eine freiberufliche Hebammentätigkeit wirtschaftlich zu machen, wenn sie es am Markt nicht mehr ist.

Wir reden hier über Millionensummen. Das werden die Kassen nicht machen. Das wird alleine nicht reichen.

Ich habe deshalb den Vorschlag auch im Reigen der Gesundheitsminister öffentlich eingebracht, dass wir eine Kappungsgrenze einführen, an der die Gesellschaft

gefordert ist. Ich finde, das ist ein gesellschaftliches Thema und nicht nur der Betroffenen und Versicherten.

Die Gesellschaft soll ab einer von mir vorgeschlagenen Haftungssumme von 1 Million Euro in die Verantwortung gehen. Ich bin der Meinung, das muss am Ende kommen, um die zukünftige Generation, die sich bereit erklärt hat, in den Hebammenberuf zu gehen, zu motivieren.

Meine Damen und Herren, das große Problem sind diejenigen, die heute tätig sind und uns fragen, wie wir das wirtschaftlich machen sollen. Noch viel stärker beschäftigt mich die Frage, wer sich heute für den Beruf entscheidet, damit er ihn morgen wahrnehmen kann. Darum ist der Vorschlag, den ich eingebracht habe, sicherlich einer, der sehr viel deutlicher an die zukünftige Generation der Hebammen adressiert ist als alles andere, was im Raum steht. Wir brauchen eine Lösung, die kurzfristig kommt, langfristig wirkt – das ist ebenfalls ein Kritikpunkt an den Vorschlägen von Herrn Bundesminister Gröhe – und möglichst die guten Vorschläge von Bund und Ländern, auch den Vorschlag, den ich eingebracht habe, gemeinsam mit einbezieht.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Kollegin Anklam-Trapp hat das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange in der zweiten Runde mit einem kleinen Rückblick an, und zwar zu unserem Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU nach der Bundestagswahl. An dieser Stelle geht der Dank an Minister Alexander Schweitzer, der im Koalitionsvertrag zumindest eine Absichtserklärung für die Unterstützung der Geburtshilfe, der Hebammen einbringen konnte. Es ist nur eine Absichtserklärung, viel mehr ist es nicht. Herr Schweitzer, zumindest das konnten Sie hineinverhandeln, und dafür können wir heute dankbar sein.

Wie Sie sagen, es ist Eile geboten, noch sind die Hebammen nicht in „trocknen Windeln“. Sie haben das vorhin sehr gut ausgedrückt.

Frau Spiegel hat noch einmal deutlich gemacht, wo es überall hakt. Das ist es. Wir brauchen die Vergütung der Hebammen. Wir brauchen letztendlich die Änderung im Bundesgesetz, im Sozialgesetzbuch und im Hinblick auf die Haftungssumme.

Den Vorschlag von Minister Alexander Schweitzer tragen wir gerne vollumfänglich mit. Das ist eine Begrenzung der Haftungssumme für Geburtsschäden. Geburtsschäden gibt es weniger als in vielen Jahren zuvor. An der Stelle möchte ich das noch einmal betonen.